

4. II. 1919

194

Eine stürmische Versammlung der Kriegsinvaliden.

Die Vorgänge bei der Sachdemobilisierung.

Gestern fand im Gerichtssaale des Garnison-gerichtsgebäudes eine von der Zentralfstelle für Kriegsbeschädigte einberufene Versammlung der Kriegsinvaliden statt, in der Staatssekretär für Sanitätswesen Raup, Stellvertreter des Staatsamtes für soziale Fürsorge Dr. v. Gastreiger, Vertreter des niederösterreichischen Landesrates, zahlreiche Ausschussmitglieder des Soldatenrates und

des Soldatenrates der Sanitätsanstalten sowie Vertreter der verschiedenen Ortsgruppen der Kriegsbeschädigten anwesend waren. Die Versammlung gestaltete sich infolge der Enthüllungen der Mitglieder des Soldatenrates über die Verschleuderung von Sachgütern stellenweise sehr erregt.

Der Präsident der Zentralfstelle der Kriegsbeschädigten Dr. S. Solitscher erstattete das Referat über die Sachdemobilisierung, von deren Erlös zwei Prozent für Invalidenfürsorge zugesagt seien, und teilte mit, daß dieses Versprechen bisher nicht eingelöst worden sei, obwohl bereits Fakturen über 134,000 K. und über 2,349,000 K. hinausgegangen seien. Er kritisierte die Tätigkeit der Sachdemobilisierungsanstalt und erklärte, es gehe nicht an, daß Staatsämter 200 bis 300 Automobile anfordern. Redner kritisiert die mangelnde Kontrolle der Sachdemobilisierung und teilt Details über die Wirtschaft bei der Autogruppe des Materialverwertungsamtes mit. Er schließt mit der Erklärung, daß er mit dem Gefühl tiefster Anfechtung der ganzen Sachdemobilisierung gegenüberstehe, weil er sehe, daß trotz einer sogenannten umstürzenden Bewegung, trotz neuer Ideen alles beim alten geblieben sei und daß in erster Linie ein einziges Interesse maßgebend sei, nämlich das Interesse des bürokratischen Apparats.

Raup bespricht die Wirtschaft im Hotel National und erklärt unter stürmischen Beifall, daß man die Clique beseitigen müsse. Er verlangt die Enttarnung des Materialverwertungsamtes, Einsetzung eines verantwortlichen stützgliedrigen Verwaltungsausschusses in der Gruppe der Sachverwertung sowie Berücksichtigung der Invaliden bei den zu schaffenden Stellen.

Ein Mitglied des Soldatenrates verweist darauf, daß dem Soldatenrat bei der Sachdemobilisierung ein Einfluß einzuräumen wäre, da er in mancher Beziehung aufklärend wirken könnte. Er führt Beschwerde darüber, daß ein Oberst Colombo eigenmächtig in Angelegenheit der Sachdemobilisierung vorgehe und macht auf Grund eines Protokolls Angaben über die Verhältnisse beim Armeoberkommando in Baden. Danach wurden von den Resten der Offiziersmesse Lebensmittel um 365,000 K. verkauft, darunter Wein um 80,000 K., 2 K. 5 H. pro Liter mit Gebinde, Schreibmaschinen a 200 K., 1057 Kilogramm Kartoffeln a 30 S., 6400 Kilogramm Bohnen a 4 K. 30 S., 13 Fässer Elbowitz a 7 K., 18 Kilogramm Kernseife a 4 K., 2000 Kilogramm Bohnenkaffee a 12 K., 9 Fässer Elbowitz an die Großeinlaufsgesellschaft der österreichischen Konsumvereine zc. Bei der Hausdurchsuchung im Hotel National wurde beim bekannten Herrn Fleischner sechs neue Automobilgarnituren vorgefunden, die zum Verkauf hergerichtet waren, ferner Gegenstände beim Direktor Demeter. In Böhmen wurden verkauft 21,400 Liter Wein a 2 K. 4 S. In der Großen Mohrengasse Nr. 3 wurden bei einem Herrn Reismann 70,000 Paar Stiefel, in derselben Gasse Nr. 14 10,000 Paar Stiefel und Nr. 25 derselben Gasse 4600 Paar Schuhe abgeladen, bei den sogenannten Trenhändern, die hierfür noch sechs Prozent erhalten. Zwei Experten der Autogruppen erhalten einen Monatsgehalt von 5000 K., man kann leicht zusammenrechnen, wieviel die 22 Experten in den 22 Gruppen an Gehältern verschlingen.

Ein anderes Mitglied des Soldatenrates verweist gleichfalls darauf, daß die Umgebung von Baden und Böhmen mit Schreibmaschinen förmlich überhäuft sei und eine Schreibmaschine um 50 K. verkauft wurde. Er verliest sodann ein Protokoll, wonach unter anderem in Böhmen vier Stück Pferde von der Sachdemobilisierung um insgesamt 1500 K., drei Meise Pferde um 600 K., 14 Pferde um zusammen 300 K., neun Kühe um zusammen 14,700 K., neun Kühe um 3760 K. verkauft wurden. Während das Ernährungsamt erklärte, daß es in ganz Oesterreich keinen Bohnenkaffee gebe, hat zur selben Zeit die Gemeinde Böhmen 8536 Kilogramm Bohnenkaffee um 1 K. 50 S. pro Kilogramm gekauft. Redner erklärt: Unsere Geduld ist zu Ende, wir wollen wissen, wer diese Güter verschleppt und verlangen Beteiligung des Soldatenrates an dem Untersuchungsausschuß.

Ein weiteres Mitglied des Soldatenrates wendete sich ebenfalls gegen das Sachdemobilisierungsamt im Hotel National und richtete gegen die dortigen Sachwalter heftige Drohungen. Weikensziner wendet sich gegen den Korredner; wir müssen einen gerechten Standpunkt vertreten, erklärte er, und als Kriegsbeschädigte fordern, daß in der Frage der Sachdemobilisierungsordnung gemacht werde. Er beantragt, daß alle Vertrauensmänner der Invaliden binnen acht Tagen in die Lage versetzt werden, zu erklären, ob in der Sachdemobilisierungsordnung geschaffen werde, da sie sonst ihre Funktionen niederzulegen hätten.

Der Vertreter der Gewerkschaftskommission Sölzl wendet sich gegen die radikalen Redner und sagt, man müsse zuerst die Leitung der Republik von den hier vorbrachten Wünschen verständigen; er beantragt, das Präsidium sei zu beauftragen, eine Deputation zum Staatsrat zu entsenden, die auf die verschiedenen Beschwerden hinweisen und schlichtende Bemühungen ergreifen solle.

Dr. Solitscher wendet darauf, die Sachdemobilisierung aufzuklären. Er handelt sich hier um eine persönliche Verantwortlichkeit des Soldatenrates, dem nicht jenseitigen Entgegenkommen betwiefen wurde, das er wünschte. Er müsse die Drohungen auf das Schärfste zurückweisen. Redner mocht sodann Mitteilung

von einer Erklärung des Staatssekretärs Raup, wonach am Nachmittag der Staatsrat in seiner Sitzung beschlossen habe, die zwei Prozent für Invalidenfürsorge zu bewilligen. Die Schuld an der Verzögerung tröste irgendeinem Staatsrat. Der Redner wendet sich schließlich gegen alle eingebrachten Anträge und stimmt nur dem Antrag Sölzl zu.

Präsident des Soldatenrates Kunz weist die gegen den Soldatenrat erhobenen Vorwürfe zurück, befehligt die Affäre des Oberleutnants Herbst, der 120,000 K. bezog, und erklärt, es liege nicht ein Beschluß des Soldatenrates vor, auf die Strafe zu sehen, sondern es handle sich bloß um impulsive Äußerungen eines Kameraden. Wir wollen nicht das Beispiel Berlins nachahmen. (Lebhafte Beifall.) Bei der Untersuchung sollen Vertreter des Soldatenrates beteiligt sein.

Ingenieur Ried gibt Aufklärungen über die Sachdemobilisierung und erklärt, er habe den Antrag auf Gewährung von zwei Prozent unterstützt. Als Beamter auf einen Posten gestellt, erfülle er seine Pflicht nach Möglichkeit. Er verweist darauf, daß die Gegenseite gleichfalls Angriffe gegen die Sachdemobilisierung gerichtet habe, sowie darauf, daß der von einigen Rednern angeforderte Administrationsrat lediglich aus Interessenten besteht. Die Schwereffektivität des Geschäftsganges liege im Anwalt der verschiedenen Interessen. Er sei gleichfalls für eine Vereinfachung des Geschäftsganges.

Schließlich wird der Antrag Sölzl auf Entsendung einer Deputation zum Staatskanzler und dem Staatsrat, bestehend aus zwei Invaliden, zwei Mitgliedern des Soldatenrates und Sölzl, angenommen. Weiter wird ein Antrag angenommen, wonach die Vertrauensmänner der Invaliden in der Sache der Sachdemobilisierung innerhalb 14 Tagen zu berichten haben, ob in dieser Angelegenheit eine Ordnung zu erzielen ist und im Verneinungsfall ihre Mandate niederzulegen haben.